

HalleForum.de :*)

Nachrichten Meinungen Ideen

Aktuelles

Update 3: Aktuelles aus dem Stadtrat von Halle (Saale)

geschrieben am: 28.01.2009 16:14

Bürgerforum in Heide-Süd, Drei Anträge zurückgezogen



Zu seiner ersten Sitzung im neuen Jahr trifft sich derzeit der Stadtrat von Halle (Saale) im Stadthaus am Marktplatz. HalleForum.de berichtet an dieser Stelle wieder aktuell über die Entscheidungen im Stadtparlament.

Wie vor jeder Sitzung des Stadtrates gab es die Einwohnerfragestunde. Gerhard Kotte von der Bürgerinitiative Heide-Süd droht wegen der Firma Logoil mit einer Klage der Einwohner. Die Bürger befürchten einen Werteverfall. Laut Oberbürgermeisterin Szabados wird es ein Bürgerforum geben. Dieses Bürgerforum findet am 11.2. um 18:30 Uhr in der Mensa Weinberg statt. Nach der Einwohnerfragestunde wurde der neue Beigeordnete für Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung, Tobias Kogge, vereidigt.

Zu Beginn der Stadtratssitzung sind 40 Stadträte anwesend. Die als TOP 5.2 "Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10" wurde abgesetzt, da die Beschlussvorlage von der Verwaltung zurückgezogen wurde. Der "Antrag des Stadtrates Frank Sänger (CDU) betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung", als TOP 7.3 geführt, wurde ebenso zurückgezogen. Der Dringlichkeitsantrag von Stadtrat Hendrik Lange, Die Linke, wurde von ihm wieder zurückgezogen. Der Antrag sollte die Verwaltung beauftragen, als Voraussetzung für die Unterzeichnung der Theaterverträge, eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht zur städtischen Finanzierung der Theater und Orchester einzuholen und diese dem Kultusministerium zuzuleiten. Die Stadtverwaltung hat sich mittlerweile selbst beim Landesverwaltungsamt gemeldet.

Update 1:

Abfallgebührensatzung

Für lange Debatten hatte in der letzten Stadtratssitzung die Abfallgebührensatzung gesorgt. Mehrheitlich hatten die Räte am Ende beschlossen, dass für die Berechnung der Gebühren der Abfallentsorgung für das Jahr 2009 1,5 Mio. Euro vom Erlös aus dem Verkauf von Anteilen an der Firma RAB (Restabfallbehandlung Lochau GmbH) teilweise mit einbezogen werden. Für die Hallenser hätte das bedeutet: die Müllgebühren sinken. Doch Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados legte Widerspruch ein. Sie sah ein Mitwirkungsverbot von Stadtrat Werner Misch gegeben. Dieser hatte privat gegen die Müllgebührensatzung geklagt und in einem ersten Verfahren Recht bekommen. Durch diese Klage sei er in der Sache persönlich betroffen, argumentiert die Verwaltung.

Mehrheitlich lehnte der Stadtrat den Widerspruch der Oberbürgermeisterin ab und sieht kein Mitwirkungsverbot gegen das mehrheitlich abgestimmt wurde. Die Oberbürgermeisterin entgegnete auf diesen Beschluss, nun gebe es wieder keine rechtsgültige Satzung. Stadtrat

Bönisch empfahl der Oberbürgermeisterin vor dem Landesverwaltungsamt zu klagen.

Rechtsmittel in Sachen Müllgebührenurteil

Stadtrat Werner Misch hatte gegen die Müllgebühren geklagt und vor Gericht Recht bekommen. Halle aber will weiter klagen, hat Berufung eingelegt. Auf Antrag von CDU und Linken soll Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados die Rechtsmittel zurückziehen. Der Rat stimmte diesem Antrag mehrheitlich zu. Die Oberbürgermeisterin sieht den Rat in diesem Fall als nicht zuständig an und kündigte Widerspruch an. Sie warnte dabei vor finanziellen Risiken.

Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)

Bilanz des EfA aus dem Jahr 2007 bestätigen, Aufsichtsrat für selbiges Jahr entlasten hieß es nun. Mehrheitlich gab's vom Stadtrat das OK. Ein Blick in die Zahlen: die Bilanzsumme im Jahr 2007 betrug 3,2 Mio. Euro. Insgesamt 28 Maßnahmen hatte der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Januar 2007 laufen, beschäftigte 415 Arbeitnehmer. Im Juni waren es 32 Maßnahmen mit 433 Arbeitnehmern, im Dezember waren in 25 Maßnahmen 387 Menschen beschäftigt.

Wirtschaftsplan 2009 für den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement (ZGM)

Ebenfalls ein OK gab es für den ZGM-Wirtschaftsplan. Der Eigenbetrieb ist für den Unterhalt diverser städtischer Immobilien zuständig. Auf das ZGM, das derzeit in der Umstrukturierung steckt, rollen in diesem Jahr höhere Personalkosten von 221.200 Euro zu, zurückzuführen auf die Tarifierhöhungen. Daneben hat das ZGM die Mietpreise erhöht, d.h. die Stadt zahlt an ihr eigenes Tochterunternehmen höhere Mietpreise. In der Bilanz betrachtet gibt es aber kaum Veränderungen. So hat sich die Stadt von diverseren Objekten getrennt, wurden Einrichtungen im Rahmen der PPP-Sanierung an die PPP-Betreiber übertragen und die Theater und das Opernhaus an das Mehrspartenhaus ausgegliedert. Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird die Immobilien künftig selbst bewirtschaften. Zwar hat das ZGM ein Angebot zu einem Servicevertrag gemacht, offenbar will man im Mehrspartenhaus darauf nicht eingehen.

Wirtschaftsplan 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten

Mehr Kinder, aber weniger Geld bei den Eltern - so kann man den Wirtschaftsplan der städtischen Kindereinrichtungen umschreiben. Im letzten Jahr hatte die Stadt noch rund 30,1 Mio. Euro an Elternbeiträgen eingeplant, sind es in diesem Jahr nur noch 29,7 Mio. Zuweisungen vom Land gibt es rund 150.000 Euro weniger. Dafür muss die Stadt tiefer in die Tasche greifen: 3,9 Mio Euro mehr für Ausgleichszahlungen, 400.000 Euro für Ermäßigungen. Diese Vorlage erhielt die Zustimmung.

Planungsverband "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14"

2001 wollte Halle BMW anlocken, hat dafür ein Gewerbegebiet an der A14 bei Queis geschaffen und den Planungsverband "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14" geschaffen. Den Verband gibt es noch, das Gelände soll nun neu vermarktet werden und wird derzeit erschlossen. Heute hatte der Stadtrat den Verbandsrat und seinen Stellvertreter zu bestimmen. Bürgermeister Thomas Pohlack wird Verbandsrat, sein Stellvertreter wird der Ressortleiter für Stadtentwicklung und Freiraumplanung im Stadtplanungsamt, Karsten Golnik. Er wurde zudem als Leiter der Geschäftsstelle bestimmt.

Bebauungspläne Heide-Süd

Die geplante Forschungsanlage der Firma Logoil machte es deutlich: in Heide-Süd gibt es keinen gültigen Bebauungsplan. Mitte der 90er hatte der Stadtrat zwar einen Bebauungsplan verabschiedet. Der allerdings erlangte keine Rechtskraft, denn das Landesverwaltungsamt hatte die falschen Pläne veröffentlicht. Deshalb muss nun der Plan erneut überarbeitet werden. Vor allem die Firmen auf dem Weinberg Campus fürchten, dass sie durch eine Änderung in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden können. Die Anwohner hingegen haben Angst vor Lärm und Abgasen. Nun hatten die Räte darüber zu befinden, dass die Stadt einen neuen Plan erstellen muss. Eigentlich ohnehin notwendig, auch eine Einbeziehung des Stadtrates an dieser Stelle wäre noch nicht nötig, sondern erst beim Vorliegen eines Planentwurfs. Doch gerade wegen der Diskussion um Logoil will die Verwaltung den Rat frühzeitig mit einbeziehen. Bei der Erstellung des Entwurfs soll die Stadt nun unter anderem ein Lärmgutachten erstellen, anhand dessen so genannte Lärmkontingente vergeben werden. Diese Vorlage erhielt die Zustimmung.

Einziehung von Straßen

Der Abriss vor allem in den Plattenbauviertel in Neustadt und der Silberhöhe schreitet voran. Was zurückbleibt sind Straßen und Parkplätze, die der Stadt Regenwassergebühren kosten. Einhellige Zustimmung der Räte gab es deshalb für die Einziehung einer Teilstrecke der Willi-Bredel-Straße sowie des Parkplatzes, einer Teilstrecke der Erich-Weinert-Straße und der Parkplätze Erich-Weinert-Straße, Hemingwaystraße, Wolfgang-Borchert-Straße/Hettstedter Straße und Theodor-Storm-Straße/Gellertstraße.

Update 2:

Hansetag

Eigentlich war alles bis 2030 ausgebucht. Doch dann machte das kleine Harzstädtchen Goslar einen Rückzieher, und für Halle bot sich die Chance, einen Hansetag im Jahr 2017 durchzuführen. Eine Chance, die man in der FDP nutzen will um so auch der seit 2001 bestehenden Mitgliedschaft in der Neuen Hanse Leben zu verleihen. Bis zum Februar müsste sich Halle nun bewerben, beim Hansetag in Nowgorod in diesem Jahr, bei dem sich Halle erstmals als Hansestadt präsentiert, wird der Austragungsort gekürt. Neben Halle hat sich auch eine niederländische Stadt um die Austragung beworben, hatte aber den Hansetag bereits einmal bei sich zu Gast. Durch die Zustimmung des Rates kann sich Halle nun für die Ausrichtung bewerben.

Entwicklung des Flughafens Leipzig-Halle

Fluglärm, militärische Nutzung des Flughafens in Schkeuditz - alles Themen, die ein Antrag der Linken aufgreift. Initiator Uwe Heft fordert unter anderem, dass sich der hallesche Vertreter in der Fluglärmkommission für eine Verringerung der Belastungen durch Fluglärm einsetzen soll. Der Exklusivvertrag zwischen der Flughafen Leipzig/Halle GmbH und DHL zur ausschließlichen Nutzung der südlichen Start- und Landebahn durch DHL sollte, so der Vorschlag, ebenfalls aufgelöst werden. Die am stärksten vom Lärm betroffenen Einwohner sollten zudem mit zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen geschützt werden. Eine höhere Landegebuhr für besonders laute Flugzeuge zieht Heft ebenso in Erwägung. Auch müsste die Lärmaktionsplanung der Stadt, vor kurzem erst vorgelegt, dringend überarbeitet werden. In dieser finden sich bislang keine Hinweise zur Belastung durch Fluglärm. Doch im Stadtrat fand der Antrag der Linken keine Mehrheit.

Update 3:

Antrag zur Änderung des Halle-Passes

Die Regelungen zum Wohngeld wurde novelliert. Das hat zur Folge, dass möglicherweise nicht mehr alle Betroffenen Anspruch auf den Halle-Pass haben. Deshalb soll auf Antrag der Linken der Passus "Soweit bei diesen Bedarfsgemeinschaften Personen im Haushalt leben, die Wohngeld beziehen, hat auch diese einen Anspruch auf den Halle-Pass", ergänzt werden. Dieser Antrag wurde in den Finanz- und den Sozialausschuss verwiesen.

Wohnungsgesellschaften und Haushaltskonsolidierung

Durch die aktuelle Finanzkrise sind aller Voraussicht nach die angepeilten Verkaufserlöse durch die städtischen Wohnungsunternehmen HWG und GWG in Höhe von 214,4 Millionen Euro bis 2012 nicht zu erreichen. Auf Antrag von CDU-Stadtrat Frank Sänger, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der HWG, soll deshalb nun der Zeitraum für die zu erbringenden Geldflüsse gestreckt werden. Weil es aber noch Beratungsbedarf in den Ausschüssen gibt, wurde der Antrag von der Tagesordnung genommen.

Dem Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität zur Umbesetzung des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) wurde zugestimmt. Damit wird künftig Christian Härig die FDP im Ausschuss vertreten. Der bisherige Vertreter Stefan Richter scheidet aus beruflichen Gründen aus.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Umbesetzung eines Mitglieds im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung wurde zugestimmt. Der bisherige Vertreter der SPD Klaus Hopfgarten scheidet damit aus und seine Nachfolgerin wird Gertrud Ewert in dem Ausschuss.

Die Anforderung dieser Druckversion erfolgte am: **29.01.2009 14:44**

Den Originaltext finden Sie unter folgender URL: <http://www.halleforum.de/go/18968>